

LESERBRIEFE

Was ist los im Gemeinderat?

Zu den Wahlen

Am 17. Mai stehen in Lauerz die kommunalen Erneuerungswahlen an. Zum ersten Mal, seitdem die Sitzzahl im vergangenen November von neun auf sieben reduziert wurde, wird nach neuen Gesichtern zur Besetzung der frei werdenden Posten gesucht. Obwohl der Gemeinderat damals nicht über eine Sitzreduktion auf fünf hat abstimmen lassen, klaffen auf allen Listen Lücken, die bis dato nicht besetzt sind.

Am Wochenende erhielten alle Lauerzerinnen und Lauerzer eine wilde Liste zugesandt, die in einem sehr knapp formulierten Schreiben einen «starken und vollständigen Gemeinderat» verspricht. – Die Liste ist jedoch eine Mogelpackung, denn sie hält nicht, was sie verspricht, und bezweckt etwas anderes. Durch die Rochade eines Gemeinderates zum Säckelmeister erschafft sie eine grössere Lücke im Rat selber und bewirkt genau das Gegenteil.

Den Kern der wilden Liste bildet jedoch nicht der Gemeinderat, sondern die sang- und klanglose Abwahl des Gemeindeschreibers von Lauerz, der seit Jahren einen vorbildlichen Job macht. Weshalb er nun abgewählt und ersetzt werden soll, wird mit keiner Silbe erwähnt. Diese wilde Liste gaukelt vor, etwas zu sein, was sie nicht ist, und widerspricht einer transparenten Form der Demokratie. Sie ist jedoch typisch für eine Gemeinde, deren Politik in den vergangenen Jahren von Intrigen, parteipolitischen Grabenkämpfen und mangelnder Kompromissbereitschaft gezeichnet war. In Anbetracht dessen verwundert es auch nicht, dass diese Liste gemäss Beschreibung von einer breit aufgestellten Garde von alten Lauerzern gestützt wird, die für diese politische Vergangenheit mitverantwortlich sind. Ein solches Vorgehen hat wenig mit transparenter Politik und noch weniger mit «Zukunft (für Lauerz)» zu tun.

Florian Frischherz, alt Gemeinderat, Lauerz

Wie ein Hasskommentar

Zur Corona-Krise

Wenigstens ein Gutes hatten die ersten drei Wochen des Lockdowns. Von den politischen Parteien war kaum ein Mucks zu hören – weil der Bundesrat einen guten Job machte, schnell handelte und das Coronavirus ein unpolitisches ist, das Menschen von links bis rechts krank macht oder sterben lässt.

Dass ihnen der Bundesrat vorübergehend das Ruder aus der Hand genommen hatte, bekam vielen Parteipolitikern schlecht. Nur so ist das Schreiben der Fraktionschefs von FDP, SVP und CVP im Schwyzer Kantonsrat und vom Präsidenten des kantonalen Gewerbeverbands an die Schwyzer Regierung zu erklären, das in der Montagausgabe des «Boten der Urschweiz» bekannt gemacht wurde. Es ist zwar verständlich, dass Bürgerliche zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft drängen. Völlig daneben aber ist der Ton, der da angeschlagen wurde. In der Stellungnahme ist die Rede von einem «Seuchensozialismus» des Bundes, der (derzeit zu hundert Prozent bürgerlichen) Kantonsregierung wird «Defaitismus» vorgeworfen. Ich musste nachschauen, was dieses Fremdwort bedeutet.

Demnach geht es um «systematisches Nähren von Mutlosigkeit oder Schwarzseherei» und «Resignation und Zweifel am militärischen Sieg», laut Wikipedia entstand der Ausdruck im Ersten Weltkrieg. Es ist doch unsinnig, der Schwyzer Regierung vorzuwerfen, sie hätte sich nicht gegen die Massnahmen des Bundes zur Wehr gesetzt. Wie denn?

Ich habe bis 2013 während rund 30 Jahren als Journalist im Schwyzer Kantonsratssaal gesessen und mir dort auch viel Dummes anhören müssen. Aber so ging man in unserem Kantonsrat nie aufeinander los. Wenn schon, lief dies subtiler ab: Wenn der linke Kantonsrat Jürg Krummenacher (kritisches forum ibach) redete, schlug FDP-Vertreter Willem Hürliemann die «NZZ» auf und hielt sie so vor sich, dass er Krummenacher wenigstens nicht anschauen musste. Das hatte irgendwie Stil. Jetzt aber tönt es von rechts wie in einem Hasskommentar im Internet. Ich pflichte dem Leserbrief (Dienstagsausgabe) von alt Kantonsrat Jürg Krummenacher bei. Das Schreiben der Rechten im Rat und des Gewerbeverbands ist «gschämig».

Bert Schnüriger, Seewen

Lückenhafte Lebenserfahrung

Zur Corona-Krise

Gratulation zum Leserbrief vom 25. April von Stefan Christen. Leider ist es so, dass jemand sich als Politiker betätigen kann (darf), der zuvor noch nie in einem Gewerbe tätig war, daher über lückenhafte Lebenserfahrung verfügt, und sich erlaubt seine Meinung der breiten Öffentlichkeit preiszugeben.

Was in unserem Gewerbe (Banken, Versicherungen und internationale Grossfirmen ausgenommen), also KMU, bezüglich Belohnung von guten Leistungen über den Tisch geht, ist nach meinen Erfahrungen voll akzeptierbar. Es kann sich sowieso keine KMU korrupte Ausgaben leisten. Sie leben von ihren erbrachten Leistun-

gen, nicht von Kapitalschüben und Spekulationen. Die Linken sollten sich vorteilhaft der Umsetzung der Minderinitiative annehmen und nicht mit blinden Darstellungen Politik machen.

Zu den KMU müssen wir Sorge tragen, denn sie sind es, die in unserer Volkswirtschaft eine sehr wichtige, bedeutsame Funktion erfüllen und zu unserem Wohl massgeblich beitragen.

Hans Furrer, Schwyz

Leserservice

Ob ein Leserbrief abgedruckt wird oder nicht, entscheidet allein die Redaktion.

Hat Lauerz ein Problem?

Zu den Wahlen

Die Abstimmungsunterlagen sind soeben eingetroffen. Ein Blick auf die offizielle und wilde Liste zeigt einmal mehr, dass es in der Behörde rumort. Dies wird mit den Wahlzetteln unterstrichen. Erst noch hat die Bevölkerung dem Abbau von neun auf sieben Gemeinderäte zugestimmt. Nun wird nochmals deutlich, dass die sieben Sitze ebenso nicht belegt werden können. Was ist da wirklich los? Junge Ratsmitglieder verlassen bereits während oder nach Ablauf einer Amtszeit das Gremium. Ist das normaler Verschleiss?

Als Präsidentin der Genossenschaft Erschliessung Hasen hatte ich in letzter Zeit vorwiegend mit dem Bauwesen zu tun. Was da abgegangen ist und abgeht, ist haarsträubend. Ob

es sich um Nichtwissen handelt, lasse ich zurzeit offen. Ich mache keine Faust im Hosensack, sondern wehre mich für die Rechte und Pflichten als Privatperson und für unsere Genossenschafter. Recht haben oder Recht bekommen, ist häufig nicht dasselbe. Liebe Mitbürger, überlegen Sie sich gut, wer zukünftig die Geschicke unserer Gemeinde leiten soll. Die Fäden laufen immer über das Amt des Gemeindeschreibers. Wird auf dieser Ebene nicht zufriedenstellend gearbeitet, landen die Geschäfte im angestauten Papierstapel in der untersten Schublade. Diese Schubladisierung kostet das Vertrauen in die Behörde und verschwendet unnötig Steuergelder. Ein altes Sprichwort dazu: «Wer den Rapen nicht ehrt, ist auch den Franken nicht wert.»

Liebe Stimmbürger, die Gemeindebehörde ist nur so gut wie die Führungskräfte. Mit Ihrer Stimme können Sie jetzt einen neuen Weg einschlagen. Ich bin für eine transparente, ehrliche, sparsame Politik und unterstütze den Wahlvorschlag «Zukunft Lauerz». Karin Furter ist zurzeit Kassierin der Gemeinde Lauerz. Sie kennt die Bedürfnisse unserer Bürger und hat während Jahren als Kassierin die Nähe zu den Bürgern aufgebaut. Ich bin überzeugt, dass Karin Furter ihre Kräfte und ihr Wissen zum Wohl unserer Gemeinde einsetzt. Darum unterstütze ich den Wahlvorschlag «Zukunft Lauerz» und empfehle Ihnen, den Wahlzettel unverändert einzulegen.

Monika Helbling, Präsidentin Genossenschaft Erschliessung Hasen, Lauerz

Neue Normalität?

Zur Corona-Krise

Irritiert habe ich Anfang Woche die Äusserungen der Kantonsräte und Fraktionschefs von CVP, FDP und SVP in den Regionalzeitungen gelesen. Sie finden, unser Regierungsrat setze sich nicht genug ein für die Wirtschaft, die von Corona betroffen ist. Sie wollen am liebsten nächste Woche schon wieder dort stehen, wo wir vor dem 16. März waren.

Überraschend ist das populistische Gepolter der Männer ja zwar nicht, aber doch sehr enttäuschend für mich. Kein Moment eines Zögerns und Überlegens, ob wir wirklich wieder dahin sollten, wo wir waren. Denn, meine Herren, ich nehme an,

Sie wissen, dass unsere globale, verschwenderische Lebensart, unsere übermässigen Konsum- und Reisegewohnheiten mit ein Grund sind für die Pandemie? Und ich nehme an, Sie wissen, dass vermehrt Pandemien auftreten werden, wenn wir weiterhin den Lebensraum der Wildtiere beschneiden und immer mehr mit ihnen in Kontakt kommen?

Sie erwähnen zwar die neue Normalität, aber vor lauter Poltern und Kritisieren haben Sie vergessen, zu sagen, wie Sie sich diese vorstellen. Denken Sie dabei an mehr Lohn für die schlecht bezahlten, systemrelevanten Jobs? Oder an Senkung der Mieten im Kanton Schwyz – fürs Gewerbe und für Personen? Oder

eventuell sogar an ein bedingungsloses Grundeinkommen? Oder wie wärs mit einer Reichen-Erbchaftssteuer fürs Stopfen der Löcher in der Staatskasse, die aktuell entstehen?

Wie wir ja aktuell beobachten, ist nicht die Wirtschaft, die einfach so regelt, sondern es braucht die staatliche Lenkung, um grösseres Unglück zu verhindern. Und das nächste Unglück steht vor der Tür – ja, eigentlich bereits in der Stube – und heisst Klimaerwärmung. Ideen, wie die neue Normalität aussehen soll, müssen auch Ideen sein, welche die Klimaerwärmung schnell bremsen.

Elsbeth Anderegg Marty, Kantonsrätin, Lachen

Zur Sache

«Das erschüttert mein bürgerlich-fühlendes Herz»

Brief an die Fraktionschefs und den Gewerbepräsidenten

Mein Name ist Stefan Knobel. Ich bin von Beruf Krankenpfleger und Pflegeexperte. Seit einigen Wochen darf ich als Präsident des Spitex Kantonalverbandes zusammen mit unserem Team einen Beitrag leisten, um die Spitex auf die Covid-19-Situation vorzubereiten.

Mit Bewunderung beobachte ich, wie professionell, konsequent und ruhig das Personal der Spitex und jenes unserer Kooperationspartner des Roten Kreuzes, der Pro Senectute und von Curaviva die besondere Herausforderung angeht. Sie geben alles, um unsere Bevölkerung zu schützen, zu unterstützen und ihre wichtigen Dienste zu leisten. Ich darf sagen: Das, was ich da beobachten kann, ist Solidarität und Engagement, wie man es sich in dieser schwierigen Situation nur wünschen kann.

Nun lese ich am 27. April den Artikel über das Schreiben der Fraktionschefs Dominik Zehnder, Matthias Kessler, Herbert Huwiler und von Gewerbepräsident Karl

Fisch mit dem Titel «Für Bürgerliche ist die Regierung defaitistisch». Ich muss sagen: Das, was ich da lese, erschüttert mein bürgerlich-fühlendes politisches Herz zutiefst.

In dieser Situation gilt es das zu tun, was Ihnen das Pflege- und Medizinpersonal vormacht: Es gilt zusammenzustehen. Es gilt Gemeinschaft zu bilden. Es gilt Gräben zu überwinden. Es gilt sich einzusetzen, ohne auf persönliche Vorteile zu achten. Es gilt der alte Schwyzer Slogan: «Schwyzer zämä ha!»

Und was machen Sie als Fraktionschefs unserer drei staatstragenden Parteien und des Gewerbes? Sie benennen die Massnahmen, welche die gesamte Schwyzer Bevölkerung stoisch und aus Überzeugung mitgetragen hat, als «von Bern verordneter Seuchensozialismus». Sie betreiben ein Politmarketing, das ich, würde ich mich sprachlich so tief fallen lassen, wie sie es tun, als «primitiv» betiteln müsste. Sie fallen jener Regierung in den Rücken, in der Sie 100 Prozent der Regierungsräte stellen.

In Anbetracht der bevorstehenden monumentalen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen ist Ihr Vorgehen äusserst schädlich und vor allem unverständlich.

Meine Herren – die Covid-19-Situation ist noch nicht vorbei. Wir werden in den nächsten Monaten weiterhin auf Solidarität, uneigennütziges Handeln und eine grosse Opferbereitschaft angewiesen sein. Bitte untergraben Sie diese Werte nicht weiter. Fordern Sie nicht von andern. Leisten Sie viel mehr machbare und politisch kluge Beiträge, um die anstehenden Probleme zu lösen. Liefern Sie Konkretes!



Stefan Knobel, Spitex-Präsident Kanton Schwyz